

Beratungen

im Hessischen Landtag



HESSISCHER LANDTAG

8. Wahlperiode

Drucksache **8/2057**

17. 12. 75

Zur Behandlung im
Plenum vorgesehen

Antrag

**der Abg. Friedrich, Borsche, Runtsch, Lengemann, Prusko,
Jagoda (CDU) und Fraktion**

Betreffend Empfehlungen der 8. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die umstrittenen Empfehlungen der 8. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz nicht zu übernehmen.

Begründung:

Die am 1. Oktober 1975 in Warschau von einer deutsch-polnischen Schulbuchkommission verabschiedeten Empfehlungen behandeln die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern nach 1945. U. a. wird darin die Vertreibung der Deutschen als „Zwangsumsiedlung“, „Ausweisung“ und „Bevölkerungstransfer“ bezeichnet. Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz werden so dargestellt, als ob eine endgültige Übergabe von Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien durch die Siegermächte an Polen erfolgt sei. Der Bonner Deutschlandpolitik wird weiter das Ziel der Wiedervereinigungsmöglichkeit nicht zuerkannt.

Diese einseitigen und verzerrenden Darstellungen der jüngsten Geschichte tragen damit bereits heute den Keim neuer Auseinandersetzungen in sich und dienen nicht einer echten Verständigung und dürfen daher auch nicht zu Grundlagen des Unterrichts werden.

Wiesbaden, den 16. Dezember 1975

Der Fraktionsvorsitzende:

Milde

Friedrich
Borsche
Runtsch
Lengemann
Prusko
Jagoda

Eingegangen am 17. Dezember 1975 . Ausgegeben am 12. Januar 1976

Druck: Carl Ritter & Co. Wiesbaden . Vertrieb: Verlag Dr. H. Heger 53 BN-Bad Godesberg Goethestr. 56 Tel. (02221)/363551

Ich rufe nunmehr Punkt 24 der Tagesordnung auf:
Beschlußempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Friedrich, Borsche, Runtsch, Lengemann, Prusko, Jagoda (CDU) und Fraktion betreffend Empfehlungen der 8. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz — Drucks. 8/2392 zu Drucks. 8/2057 —

Berichterstatter ist Herr Abg. Hellwig.

Hellwig, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Der Kulturpolitische Ausschuß hat in seiner Sitzung am 11. März, einen Tag vor der Beratung der Polenverträge im Bundesrat, den Antrag der CDU-Fraktion betreffend Empfehlung der 8. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Vertreter der Koalitionsfrak-

Hellwig

tionen gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der CDU dem Plenum, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Neusel:

Das Wort hat Herr Abg. Friedrich.

Friedrich (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz der fortgeschrittenen Zeit kann ich nicht umhin, das Problem, das wir mit unserem Antrag 8/2057 angesprochen haben, hier erneut zu debattieren.

(Welteke [SPD]: Denken Sie daran, daß sich die Lage geändert hat!)

In der Sorge darüber, daß den Schulkindern als Geschichte der jüngsten Vergangenheit nur kommunistische Betrachtungsweisen zugänglich gemacht werden könnten, haben wir den Antrag gestellt, die umstrittenen Schulbuchempfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz für das Land Hessen nicht zu übernehmen, sprich: nicht zu veröffentlichen. In der zusätzlichen Sorge um das mangelnde Demokratieverständnis unseres Kultusministers stellen wir unseren Antrag erneut zur Debatte.

(Zurufe: Hört, hört! bei der SPD.)

Meinen Vorwurf — —

(Hartherz [SPD]: Ungeheuerlich!)

— Ja es ist ungeheuerlich, daß — —

(Pfuhl [SPD]: Das ist unverschämt! — Abg. Reitz

[SPD]: Rotzig frech ist das! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Vizepräsident Neusel:

Herr Kollege Friedrich, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Friedrich (CDU):

Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage.

(Erneute Zurufe von der SPD.)

Den Vorwurf, den ich im Kulturpolitischen Ausschuß erhoben habe, muß ich hier wiederholen: Dieser Kultusminister mißachtet das Parlament.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD: Aufhören!)

Lassen Sie mich dies ganz kurz begründen. Am 29. Januar dieses Jahres hatte das Hohe Haus den Antrag 8/2057 an den Fachausschuß überwiesen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Vizepräsident Neusel:

Meine Damen und Herren, ich habe Herrn Abg. Friedrich das Wort erteilt.

Friedrich (CDU):

Als dieser Antrag an den Fachausschuß überwiesen wurde, hätte man erwarten können, daß im Ausschuß eine ausführliche Beratung mit dem Ziel einer Verständigung möglich sein sollte. Denn was anderes sollten denn Überweisungen an Ausschüsse bedeuten? Genau dies aber hat der Minister verhindert, indem er nämlich bereits vor der Beratung hat Fakten schaffen lassen. Während die Ausschußberatung über unseren Antrag am 11. März erfolgte, wurden die umstrittenen Empfehlungen im Amtsblatt des Hessischen Kultusministers bereits am 26. Februar veröffentlicht.

(Milde [CDU]: Unverschämtheit!)

Die Veröffentlichung erfolgte zudem nicht im nichtamtlichen Teil, wie es der Herr Minister hier verkündet hatte, sondern im amtlichen Teil. Damit hat Hessen als bisher einziges Bundesland diese Empfehlungen nicht nur veröffentlicht, sondern diesen Empfehlungen auch noch eine amtliche Legitimation verliehen.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn der Herr Minister entschuldigend darauf aufmerksam macht, daß die Veröffentlichung zwar im amtlichen Teil, aber doch nur unter der Rubrik „Hinweise“ vorgenommen worden sei, so muß ich darauf aufmerksam machen, was sonst noch alles unter dieser Rubrik „Hinweise“ zu lesen ist. Da ist zu lesen: Berichtigung von Schulbücherkatalogen für allgemeinbildende Schulen, da ist zu lesen von Stellenausschreibungen. Sie können uns doch nicht im Ernst weismachen wollen, daß diese Veröffentlichungen keine amtliche Bedeutung haben.

(Beifall bei der CDU.)

Und wenn Sie, Herr Minister, sagen, daß wir dieser Veröffentlichung im Amtsblatt eine allzugroße Bedeutung beimessen, dann muß ich Sie fragen: Weshalb haben Sie dann so überstürzt und übereilt noch vor der parlamentarischen Behandlung unseres Antrags die Empfehlungen veröffentlicht?

Ich habe dafür nur folgende Erklärung: Entweder haben Sie so überhastet gehandelt, weil Sie eine mögliche Veränderung im Sinne unseres Antrages unbedingt verhindern wollten — so wie der Bundeskanzler und andere Politiker Ihrer Partei jede Verbesserung der Polenvereinbarungen verhindern wollten —, oder aber Sie nehmen keine Parlamentsinitiative ernst, es sei denn, sie käme aus den Reihen der Verliererkoalition und bedeutete somit für Sie imperatives Mandat.

(Beifall bei der CDU.)

Beides wäre schlimm und hätte schädliche Wirkungen für unsere parlamentarische Demokratie.

(Welteke [SPD]: Wir sind doch alles Kommunistengünstlinge!)

Die Veröffentlichung im Amtsblatt ist aber auch formal fehlerhaft. Die Veröffentlichung ist überschrieben mit dem Satz, daß es sich um die Empfehlungen der Konferenz, die vom 29. 9. bis zum 1. 10. 1975 in Warschau stattgefunden hat, handelt. Genau dies aber entspricht nicht den Tatsachen. Aus dem UNESCO-Dienst 10/75 ist zu entnehmen,

Friedrich

daß die Empfehlungen 1 und 2 bereits von der 6. Konferenz, die im Oktober 1974 stattgefunden hat, vereinbart wurden. Dies ist zwar nur ein formaler Fehler, aber dies ist eben doch symptomatisch für die Schludrigkeit bei der Behandlung dieser Empfehlungen oder es ist — wenn Sie so wollen — bewußte Irreführung.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn auch das Braunschweiger Eckert-Institut den gleichen Formfehler begeht, dann muß man sogar befürchten, daß dem unter Umständen taktische Überlegungen zugrunde liegen.

(Welteke [SPD]: Auch Kommunistengünstlinge!)

Denn schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Konferenzen mit wechselnden personellen Zusammensetzungen getagt haben. Auch darauf hatten wir bereits hingewiesen.

(Welteke [SPD]: Alles Kommunistengünstlinge!)

Wenn jetzt plötzlich Konferenzergebnisse verschiedener Konferenzen vermengt werden und wenn das Ergebnis einer Konferenz der anderen Konferenz unterschoben wird, dann muß man doch fragen: welcher Teilnehmerkreis ist eigentlich für den uns jetzt vorliegenden Text verantwortlich?

Der Kultusminister, dem ich im Ausschuß diese Frage gestellt hatte, konnte dazu nichts sagen. Da die Landesregierung sonst immer gern auf andere Bundesländer verweist, wenn sie glaubt, ihrer konkreten Verantwortung in diesem Lande aus dem Wege gehen zu können, hatte ich den Kultusminister auch gefragt, wie sich denn die anderen Bundesländer in dieser Frage verhalten hätten. Der Herr Minister konnte oder wollte dazu nichts sagen. Nun, nach meinen Informationen kann ich Ihnen heute sagen: die Mehrheit der Länder lehnt die Übernahme dieser Empfehlungen durch Veröffentlichung ab. Neben den meisten CDU/CSU-regierten Ländern sind dies die Länder Berlin und Bremen. Schleswig-Holstein und Hamburg wollten zunächst das Ergebnis von Gutachten abwarten. Hessen bildet hier wie in vielen anderen Fragen unserer Bildungspolitik eine weitere unrühmliche Ausnahme.

(Beifall bei der CDU.)

Nach dem fast einheitlichen Staatsangehörigkeitsrecht, das wir im gesamten Ostblock vorfinden, haben alle Staatsangehörigen eine besondere Pflicht gegenüber dem kommunistischen Staat. Diese Pflicht bindet natürlich auch Wissenschaftler in Polen, die an Konferenzen wie an der UNESCO-Kommission teilnehmen. Diese Verpflichtung ist um so bindender, wenn sich unter einer internationalen Expertenkonferenz auch ein Vertreter des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei befindet. Und wenn Sie ständig „Kommunisten“ dazwischenrufen, muß ich Ihnen sagen: Das sind dann allerdings Kommunisten. Dieser Umstand, der doch für die Beurteilung eines solchen Konferenzergebnisses bedeutsam ist, wird in keiner Weise gewertet.

Wir meinen, die Empfehlungen für Schulbücher dürfen die Rechtslage Deutschlands nur so bringen, wie es das Grundgesetz vorschreibt und wozu das Bundesverfassungsgericht eine eindeutige Rechtsprechung gegeben hat. Staaten des kommunistischen Machtbereichs wollen dies nicht anerkennen. Dafür habe ich sogar Verständnis. Daraus aber er-

Friedrich

gibt sich die Frage: Können dann überhaupt gemeinsame Bewertungen für die Praxis der Schulbücher in der Bundesrepublik Deutschland und in Polen möglich werden? Ohne Selbstaufgabe und Selbstverleugnung ist es sicher nur möglich, dokumentarische Tatsachen aufzuführen und bei unterschiedlicher Bewertung eben beide Bewertungsmaßstäbe klar erkennbar herauszustellen. Aber gerade dies wird in den Empfehlungen nicht getan.

Daß es dem Hessischen Kultusminister nicht um die objektive Geschichtserforschung geht, beweist unter anderem auch die erzwungene Einstellung der Arbeit des Ostkundlichen Kollegs. Auf meine Anfrage vom Februar 1975 hat der Herr Minister zugestanden, daß die Arbeit dieses Ostkundlichen Kollegs informativ war und die Fachtagungen in der Regel gut besucht waren. Doch gleichzeitig wurde eben die ersatzlose Einstellung dieser wichtigen und bedeutungsvollen Arbeit verfügt. Aber dieses Kolleg hätte gerade in dieser Frage wesentliche Beurteilungskriterien für die Empfehlungen liefern können. Der Kultusminister hat die Weiterarbeit dieses wertvollen Instituts ebenso verhindert wie die normale Beratung unseres Antrags.

Prof. Lemberg, der sich als langjähriger Vorsitzender des Kuratoriums des Ostkundlichen Kollegs ebenso wie auch als anerkannter Ostexperte einen Namen gemacht hat, schrieb bereits 1973 in einem Aufsatz:

Der Osten Europas, zu Wilhelms und Hitlers Zeiten aus nationaler Arroganz ignoriert, soll heute, wenn auch aus anderen Gründen, nicht zuletzt aus der Furcht vor dem Mißfallen der neuen Vertragspartner, weiterhin die deutsche Bildungslücke bleiben.

Die Empfehlungen schließen nicht diese Bildungslücken, sondern füllen sie mit falschen Darstellungen auf. Dies ist noch verhängnisvoller.

(Beifall bei der CDU.)

Prof. Lemberg führt weiter aus:

Der Gipfel des Schildbürgerstreiches ist erreicht, wenn in regionalen Gremien bei der Beratung von Bildungsetat und Bildungsprogramm die Meinung laut wird, man brauche keine deutschen Ostexperten mehr, da es jetzt doch möglich sei, Informationen aus erster Hand, nämlich von sowjetischen, polnischen oder ähnlichen — Stellen und ihren Beauftragten, zu erlangen.

Meine Damen und Herren, Hessen hat nicht nur den Gipfel dieses Schildbürgerstreiches erreicht, wenn wir an das Schicksal des Ostkundlichen Kollegs denken, sondern auch den Gipfel der Dummheit vorzuweisen, indem es ohne gutachtliche Stellungnahme und ohne ausreichende parlamentarische Beratung diese Empfehlungen öffentlich legitimiert hat.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe der SPD.)

Vizepräsident Neusel:

Das Wort hat Herr Abg. Holzapfel.

Holzapfel (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will jetzt in keine semantischen Debatten über die Frage eintreten,

Holzappel

was der Gipfel eines Schildbürgerstreiches sein soll. Ich habe aber immerhin eine Erinnerung an die Debatte von heute morgen in den Ohren, bei der sich Herr Schwarz-Schilling bei mir sehr bitter beklagte und fragte, ob eigentlich in diesem Hause noch eine ernsthafte sachliche Debatte möglich sei. Dies, meine Damen und Herren von der CDU, frage ich mich allerdings auch nach dem, was der Herr Kollege Friedrich zu diesem Thema hier vorgetragen hat.

(Beifall bei der SPD.)

Man muß wirklich darüber nachdenken, ob man zu einer solchen Diffamierung überhaupt noch sachlich Stellung nehmen kann, wenn eine Rede mit dem Satz anfängt, man wolle von der CDU aus verhindern, daß die Kinder dieses Landes nur einseitige kommunistische Geschichtschreibung kennenlernen — angesichts der Beteiligung von zahlreichen Experten aus der Bundesrepublik Deutschland, die über einen solchen Verdacht wirklich erhaben sind. Dies ist eine Denunziation all derer, die in den letzten Jahren mit viel Mühen und mit dem Bemühen um Kompromiß in der Diskussion zwischen deutschen und polnischen Historikern in der Arbeit des Braunschweiger Instituts versucht haben, das auf den Tisch zu legen, worüber wir hier diskutieren, wenn ihnen anschließend hier in diesem Saal unterstellt wird, sie hätten gewissermaßen einseitig vor dem Weltkommunismus kapituliert.

Wenn das, was Sie hier gesagt haben, ernst gemeint sein sollte, wenn Sie sagen, die da drüben sind als polnische Staatsbürger vollständig eingebunden in ihre Dogmen und soweit daran gebunden, daß sie allein diese vertreten, dann, Herr Friedrich, wenn Sie dieses ernst meinen, gibt es überhaupt keine Verständigungsmöglichkeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen. Dann sollten Sie aber hier offen auf den Tisch legen, daß Sie nicht nur gegen diese Vereinbarungen sind, sondern daß Sie es überhaupt grundsätzlich ausschließen, daß es zu einer Verständigung zwischen uns und Polen in diesen Fragen kommen könnte. Dieses ist die Position, die Sie hier vertreten haben.

Holzappel

Als Sie es nochmals auf die Debatte haben ankommen lassen, habe ich mir zunächst überlegt, ob Sie vielleicht vorhatten, jetzt hier wie im Bundesrat nach der Beratung in den Ausschüssen den großen Dreh hinzubekommen und zu sagen: Jetzt sind wir plötzlich auch einstimmig dafür wie bei den Polenverträgen. Sie haben diese Chance verpaßt. Sie haben diese Debatte nur dazu benutzt, das zu wiederholen, was wir von Ihnen schon kannten. Die Frage, ob dieses eine neue Debatte lohnt, hat sich durch die Art und Weise, in der Sie alle bisherigen Bemühungen in dieser Frage hier global diffamiert haben, wie mir scheint, endgültig beantwortet.

Wir begrüßen es, daß der Kultusminister diese Empfehlungen veröffentlicht hat. Wir sind der Ansicht, daß die Bereitschaft zu einer Überwindung der Gräben der Vergangenheit auch auf unserer Seite vorhanden ist und daß die Ergebnisse der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz hierzu ein Beitrag sein können, auch wenn sie im einzelnen problematisch sind, wie jeder Kompromiß problematisch ist. Aber nur mit Hilfe eines Kompromisses können wir diesen Weg beginnen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Neusel:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung und dem Bericht gemäß Tagesordnungspunkt 24 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön! Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Meine Damen und Herren, die Beschlußempfehlung und der Bericht sind mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition angenommen. Damit ist der letzte Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich erinnere daran, daß für morgen die 33. Plenarsitzung einberufen ist. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche allen Abgeordneten einen schönen Abend.

(Schluß: 17.57 Uhr.)

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Antrag der Abg. Friedrich, Borsche, Runtsch, Lenge-
mann, Prusko, Jagoda (CDU) und Fraktion betreffend
Empfehlungen der 8. deutsch-polnischen Schulbuch-
konferenz — Drucks. 8/2057 —

Das Wort hat Herr Abg. Friedrich.

Friedrich (CDU):

Herr Präsident; meine sehr verehrten Damen und Herren!
Die CDU-Fraktion fordert mit dem vorliegenden Antrag die
Landesregierung auf, die unstrittenen Empfehlungen der
8. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz für das Land
Hessen nicht zu übernehmen.

Bevor ich auf die einzelnen Empfehlungen eingehe, ge-
statten Sie mir ein kurzes Wort zur Konferenz selbst. Seit
Oktober 1972 haben nach Absprachen der UNESCO-Kom-
missionen beider Länder insgesamt 8 Konferenzen stattge-
funden. Insgesamt 37 Empfehlungen für die Schulbücher
beider Länder wurden dabei erarbeitet.

Sinn und Zweck dieser Empfehlungen soll sein, das Ver-
hältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Polen nicht
gegensätzlich, sondern einheitlich in den Schulbüchern beider
Länder darzustellen. Dies begrüßen wir, dies findet unsere
Zustimmung, soweit es — und dies muß ich hinzufügen —
nicht auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit geht.

(Beifall bei der CDU.)

Die 8. Konferenz, deren Ergebnis wir heute hier kritisie-
ren, hat im vergangenen Jahr in Warschau getagt. Ihre
Empfehlungen, um die es hier geht, betreffen den Zeitraum
vom Ende des Krieges bis zur Gegenwart. In der Präambel
ist ausgeführt, daß das Verhältnis beider Staaten nicht er-
schöpfend behandelt werden konnte. Die Empfehlungen
— so heißt es wörtlich —

beschränken sich auf Problembereiche, die für die Praxis
des Schulunterrichts vorrangig sind.

Nach dem Inhalt dieser Empfehlungen vermag ich über-
haupt keine Vorrangigkeit zu erkennen, wohl aber eine sehr
gefährliche Einseitigkeit, und die dann unbeschränkt.

Wir kennen das Wort „Politik macht Geschichte“. Nach
den vorliegenden Empfehlungen kann ich mich des Ein-
drucks nicht erwehren, daß durch entsprechende Darstellun-
gen mit Geschichte Politik gemacht werden soll. Dies ist
nichts Neues. Das 20. Jahrhundert bietet dafür eine Menge
von Beispielen. Totalitäre Regime spannen immer die Ge-
schichte in den Dienst ihrer Politik ein, um aus ihr Propa-
gandakapital zu schlagen. Die leidvolle Erfahrung mit unserer
Hitler-Diktatur ist dafür ein ebenso beredtes Beispiel wie
die heute im Ostblock herrschenden menschenverachtenden
Systeme.

Friedrich

Dabei ist auf fundamentale Unterschiede hinzuweisen.
Es ist ein Unterschied, ob sich z. B. Franzosen und Deutsche
über gemeinsame Schulbücher unterhalten oder ob dies Polen
und Deutsche tun. Im ersten Fall kommen freie Bürger
freier Länder zusammen. Im Fall der deutsch-polnischen
Schulbuchkonferenz sind es Begegnungen zwischen freien
Bürgern und Vertretern einer kommunistischen Diktatur,
also eines totalitären Regimes. Nur unter dieser Prämisse
ist es zu verstehen — auf keinen Fall aber zu billigen —,
daß die Empfehlungen mit keinem Wort die Vertreibung der
Deutschen und die Annexion der deutschen Ostgebiete er-
wähnen, dagegen die Heimatvertriebenen als „Hort des Re-
visionismus“ bezeichnen und an innerdeutschen Vorgängen
einseitig Kritik üben.

(Krüger [F.D.P.]: Das steht in der Empfehlung?)

— Herr Krüger, ich komme jetzt auf die einzelnen Empfeh-
lungen zu sprechen; Sie können sich beruhigen.

In der ersten Empfehlung, die mit „Territoriale Verände-
rung“ überschrieben ist, werden die Grenzregelungen — hören
Sie genau hin — nicht als Folge, sondern ausdrücklich als
Ergebnis des Krieges dargestellt.

(Zuruf von der SPD.)

— Sehr schön!, sagen Sie. Ich bin eigentlich erschüttert
darüber.

(Beifall bei der CDU.)

Daraus muß doch befürchtet werden, daß vor unseren Schul-
kindern die kommunistische Geschichtsphilosophie „Gewalt
geht vor Recht“ verherrlicht werden soll, und dazu sagen
Sie: Sehr schön!

(Beifall bei der CDU.)

Welch eine Zumutung für ein geteiltes Land, das doch darauf
bauen muß, daß das Recht die Waffe des Schwachen ist!

Unter dem zweiten Kapitel, das die unverfängliche Über-
schrift „Bevölkerungsverschiebungen“ trägt, wird der histo-
risch einmalige Vorgang einer so gewaltigen Massenvertrei-
bung, wie wir sie 1945/46 erleben mußten, die das Gesicht
Europas einschneidend veränderte und bei der allein aus den
Oder-Neiße-Gebieten über 1,5 Millionen Deutsche ihr Leben
verloren haben, ganz human mit „Zwangsumsiedlungen nach
internationalen Transferabkommen“ bezeichnet. Welch ein
Hohn, wenn diese Vertreibung dann auch noch mit der Not-
wendigkeit, die staatlichen und ethnischen Grenzen in Übe-
ereinstimmung zu bringen, begründet wird, so wie es die Emp-
fehlungen verkünden! Verschwiegen wird dabei, daß vor der
Vertreibung der 3,5 Millionen Deutschen die ethnischen und
staatlichen Grenzen sehr wohl in einem sehr großen Umfang
in Übereinstimmung waren.

Für die polnischen Konferenzteilnehmer sei Vertreibung
— so hörte man aus Konferenzkreisen — ein Reizwort ge-
wesen. Kann, ja muß man nicht durch die Unterschlagung
dieser durch nichts zu rechtfertigenden Unrechtstat für die
betroffenen Deutschen diesen die gleiche Reizwirkung zu-
billigen?

(Beifall bei der CDU.)

Unter „Aufbauprobleme“ sagt die dritte Empfehlung, daß
faktisch die Auflösung des Deutschen Reiches vollzogen sei,
ohne auf das Wiedervereinigungsgebot, das uns das Grund-
gesetz aufgibt und das erst in jüngster Zeit durch das Bundes-
verfassungsgericht präzisiert wurde, auch nur andeutungsweise
einzugehen.

In der gleichen Empfehlung steht, daß nicht etwa der
Einmarsch der Roten Armeen oder die Machtpolitik Ruß-
lands zum kommunistischen System in Polen führte, sondern

Friedrich

daß das „Übergewicht der linken Parteien Voraussetzungen für revolutionäre Veränderungen“ brachte. — Abgesehen von dieser geschichtlichen Unwahrheit wird doch allein schon in der Formulierung „Übergewicht der linken Parteien“, „Revolution“ klar und deutlich, was psychologisch mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland bewirkt werden soll.

(Beifall bei der CDU.)

Dagegen haben die drei westlichen Besatzungszonen — so ist den Empfehlungen zu entnehmen — nicht etwas, wie es Art. 20 des Grundgesetzes klar sagt, einen „demokratischen und sozialen Bundesstaat“ gebildet, sondern hier erwähnen die Empfehlungen nur zaghaft ein „Anknüpfen an Traditionen der parlamentarischen Demokratie“.

In dem Bericht über die 1. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz wurde aus der Satzung der UNESCO zitiert. Dort heißt es,

daß der furchtbare Krieg durch Verleugnung der demokratischen Grundsätze, der Würde, der Gleichheit und gegenseitigen Achtung der Menschen möglich wurde sowie dadurch, daß an deren Stelle unter Ausnutzung von Unwissenheit und Vorurteilen die Lehre eines unterschiedlichen Wertes von Menschen und Rassen verbreitet wurde.

Diesem hohen und, wie ich meine, sehr richtigen Satzungsauftrag der Kulturorganisation der Vereinten Nationen genügen die jetzt vorliegenden Schulbuchempfehlungen in keiner Weise.

(Beifall bei der CDU.)

Die eben zitierten Aussagen — Verleugnung der demokratischen Grundsätze, Ausnutzung von Unwissenheit, gegenseitige Achtung von Menschen — lassen doch Zweifel aufkommen, ob diese Schulbuchkonferenz überhaupt noch unter der Obhut der UNESCO arbeitet. Die große Einseitigkeit dient doch nicht der Verständigung, sondern trägt bereits heute den Keim für neue Mißverständnisse und Auseinandersetzungen in sich.

(Beifall bei der CDU.)

In der vierten Empfehlung wird die Vergangenheit bewältigt, natürlich ebenfalls vollkommen einseitig. Da werden Inkonsistenzen bei der Durchführung der Entnazifizierung und der gerichtlichen Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen als Belastung für das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen hingestellt. Meine Damen und Herren, wir wissen um die Unzulänglichkeiten; sie werden von uns nicht gedeckt. Aber wir fragen: Was soll denn diese einseitige Kritik? Wäre dann nicht auch zu kritisieren gewesen, daß Verbrechen der anderen Seite, die doch ebenfalls in großem Umfang stattgefunden haben, ausdrücklich für straffrei erklärt wurden?

Kritik ist kein Gegensatz, meine ich, sondern geradezu Voraussetzung für Objektivität in der geschichtlichen Betrachtung. Damit wird Kritik sicher zur Bedingung echter Völkerverständigung. Unser Nachbarverhältnis zu Frankreich ist dafür das beste Beispiel. Nur einseitig geführte, einseitig zugelassene Kritik führt genau zum Gegenteil. Diese Einseitigkeit nährt Argwohn und Mißtrauen, und deshalb glauben wir, daß diese Empfehlungen nicht in unsere Schulbücher aufgenommen werden dürfen.

(Beifall bei der CDU.)

In der fünften Empfehlung werden zunehmende Bedrohungsvorstellungen der Polen festgestellt. Diese Bedrohungen werden begründet mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland. Die Blockade Berlins, die die Schwelle

Friedrich

der Bedrohung doch bei weitem überschritten hatte, bleibt dagegen unerwähnt.

In der sechsten und letzten Empfehlung wird die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen beschrieben, jetzt und in Zukunft, wie es darin heißt. Dies, möchte ich ehrlich zugeben, kann sicher weniger der Schulbuchkonferenz als der Bundesregierung mit ihrer leichtfertigen Vertragspolitik angelastet werden.

(Beifall bei der CDU. — Aha! bei der SPD.)

Aber immerhin ist doch festzustellen, daß auch in dieser Schulbuchempfehlung eine friedliche Grenzveränderung für ausgeschlossen erklärt wird und damit auch eine Wiedervereinigung Deutschlands als unmöglich dargestellt wird.

In der Präambel zum vorliegenden Konferenzbericht ist ausgeführt, daß die sechs Empfehlungen nach harter und kontrovers geführter Diskussion angenommen wurden. Nach Presseberichten war wegen Unüberbrückbarkeit der Meinungen sogar mit einem vorzeitigen Scheitern der Konferenz zu rechnen. Daraus müssen wir schließen, daß das Ergebnis der Konferenz mit einem Kompromiß erzwungen wurde. Kompromisse, das wissen wir Politiker alle, sind für den Bereich der Politik nötig. Aber zu Lasten der geschichtlichen Wahrheit sollten Kompromisse ausgeschlossen sein.

(Beifall bei der CDU.)

Wahrheit sollte unteilbar sein und es auch bleiben, und, ich glaube, gerade weil Deutsche und Franzosen nach 1945 auch die belastenden Geschichtsfakten bei der Neugestaltung ihres Verhältnisses nicht ausgespart haben, konnte dieses fest begründete Freundschaftsverhältnis zu unserem westlichen Nachbarn geschaffen werden, und dies sollte uns auch Beispiel für das Verhältnis Deutschland-Polen sein.

(Beifall bei der CDU.)

Nur einen Teil der Unmöglichkeiten in diesen Empfehlungen konnte ich hier ansprechen. Ich glaube aber, daß sie für Sie alle ausreichend sein können, um zu erkennen, daß diese Empfehlungen keine Aufnahme in die Schulbücher für unsere Kinder finden dürfen.

In meiner sudetendeutschen Heimat gab es die Redensart: Das sind mir böhmische Dörfer. Damit bezog man sich auf die für deutsche Zungen oft unaussprechlichen tschechischen Ortsnamen. Meine Damen und Herren, wir haben diesen Antrag hier eingebracht, und wir führen über diese Empfehlungen diese Debatte, damit Sie nachher nicht sagen können: Die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz waren für uns böhmische — oder besser gesagt: polnische — Dörfer.

(Lobhafter Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Wagner:

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Krollmann, Kultusminister:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Stellungnahme der CDU/CSU in der Auseinandersetzung um die Polen-Vorträge und damit, nach meinem Verständnis, in der Auseinandersetzung um die Frage, wie eine Normalisierung des Verhältnisses mit diesem unserem östlichen Nachbarn, wie so etwas wie Aussöhnung — ich schäme mich fast, das Wort zu verwenden, und werde das nachher noch darlegen — zustande kommen kann, kennen wir. Daß diese Auseinandersetzung nun ausgetragen werden muß auf dem Felde der Tätigkeit des Eckert-Instituts, das sich über viele

Minister Krollmann

Jahre bemüht hat, im Geschichtsunterricht insonderheit, zur Objektivierung gegensätzlicher Standpunkte beizutragen, das bekümmert mich; denn es ist ein Indiz dafür, daß wir zunehmend in einer vom Wahlkampf bestimmten Polarisierung offensichtlich nicht mehr imstande sind, das, was über lange Zeit im Einvernehmen vorangetrieben werden konnte, nämlich die Bereinigung der Schulbücher von Relikten der Vergangenheit, mit denen eigentlich niemand mehr etwas zu tun haben will, in Ruhe und Bedacht fortzusetzen.

Ich halte es, um das ganz klarzumachen, aus meiner Sicht für ein Gebot der Stunde und für unser Volk wirklich lebensnotwendig, dieses offene Anschauen unseres Verhältnisses zu Polen, um es nun zuzuspitzen auf diesen Staat und auf diese Nation, fortzusetzen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Nach der Aussöhnung mit unserem westlichen Nachbarn ist dies eine Sache der Nation. Hier ist ein Zusammenhang, in dem man dieses tönende Wort wirklich gebrauchen kann. Es ist vorhin von dem Kollegen Friedrich gesagt worden, wir hätten beachtliche Erfolge in der gegenseitigen, objektivierten, soweit es überhaupt möglich ist, Betrachtung der Geschichte zwischen Frankreich und Deutschland erreicht.

Meine Damen und Herren, wir müssen sehen, und ich spreche das deshalb hier unverblümt aus, daß hier von der Historie her Unvergleichbares verglichen wird. Lassen Sie mich das so klarmachen: Das, was wir mit Frankreich auszuräumen hatten, läßt sich aus der deutschen Sicht mit der Vokabel „Erbfeind“ bezeichnen. Für das, was wir mit Polen auszuräumen haben, steht die Vokabel „slawisches Untermenschentum“, und dafür steht die Vokabel „Vertreibung“. Dieses ist, darüber sollten wir uns doch wohl einig sein, ein Anderes, ein Unvergleichbares. Wenn deshalb die Verhandlungen der Schulbuchkommissionen auf Schwierigkeiten stießen, wenn es deshalb eine Zeitlang so schien, als gebe es überhaupt keine Möglichkeit, zu einer solchen Empfehlung zu kommen, dann muß betrachtet werden, was auf polnischer, aber auch auf deutscher Seite aufzuarbeiten war aus dieser doch noch sehr, sehr jungen Vergangenheit.

Lassen Sie mich zunächst einmal in gedrängter Kürze darlegen, was eigentlich die rechtliche Bedeutung der Empfehlungen ist, weil dies einmal mehr klarmacht, daß hier offenkundig die Empfehlungen nur als ein Vehikel benutzt werden, um auch in diesem Forum die Auseinandersetzung über die deutsch-polnischen Verträge zu führen.

Ich bin sicher, daß der Antrag die rechtliche Bedeutung der Empfehlungen verkennt. Es geht nicht darum, daß diese Empfehlungen von der Landesregierung übernommen werden. Insoweit geht der Antrag ins Leere. Es ist in des Wortes reinsten Bedeutung eine Empfehlung zu behandeln, die eine gemeinsame Schulbuchkonferenz der UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und Polens erarbeitet hat. Nicht mehr und nicht weniger. Solche Empfehlungen sind früher in einer ganzen Reihe von Fällen, auch im Hinblick auf die historischen Beziehungen Deutschlands zu anderen Nationen, insbesondere — wie dargelegt — auch zu seinen westlichen Nachbarn, gegeben worden, ohne daß darüber hätte debattiert werden müssen. Solche Empfehlungen sind von Schulbuchautoren und Schulbuchgutachtern ernstgenommen worden als Material und als Hinweis auf Problemstellungen und als ein Hinweis auf möglichen Konsens bei der Darstellung von Problemstellungen.

Sie haben auf diese Weise sicherlich zu einer Verbesserung der Beziehungen zu anderen Völkern beigetragen. Sie sind aber nie als amtliche Sprachregelungen, die einer freiheitlichen Demokratie fremd wären und die auch nach ihrem Zustandekommen schlechterdings so nicht geregelt werden

Minister Krollmann

können, förmlich übernommen worden; es handelt sich um eine deutsche und eine polnische UNESCO-Kommission, nicht um ein Organ, das die beiden Staaten binden könnte. Gerade dieser Charakter einer solchen Veranstaltung auf nichtstaatlicher Ebene ist ja der anderen Seite, die dirigistisch denkt, die sich nicht vorstellen kann, daß es, abgelöst vom Staat und abgelöst von der staatstragenden Partei, die Möglichkeit der Diskussion gibt, so schwer verständlich zu machen. Diese Möglichkeit will aber gerade die UNESCO-Kommission eröffnen, um überhaupt weiterzukommen, um überhaupt einen Beitrag zu dieser Art von Bewältigung der Vergangenheit zu leisten.

Ich werde ihrer Bedeutung gemäß die Empfehlungen der 8. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz, wie bereits 1972 die bis dahin erarbeiteten Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen, im Amtsblatt bekanntmachen, allerdings wegen ihres nichtstaatlichen Charakters im nichtamtlichen Teil dieses Amtsblattes. Sie werden ihr Teil dazu beitragen, daß sich Schulbuchautoren, daß sich Lehrer, daß sich unsere Schulbuchgutachter mit den Problemstellungen, die dort aufgezeigt sind, erneut auseinandersetzen.

Ich möchte es mir aber nicht versagen, bei der Behandlung dieses Antrages auch meinerseits noch ein paar Bemerkungen zur Sache zu machen, weil ich den Eindruck habe, daß die Antragsteller sich nicht sonderliche Mühe gegeben haben, auch nur den Inhalt der Empfehlungen zu verstehen. So darf ich meinerseits jetzt einmal die Aufmerksamkeit des Hauses strapazieren für ein Zitat aus der Empfehlung unter der Überschrift „Territoriale Veränderung“. Dort heißt es, und dies ist klar eine Formulierung, aus der man erkennt, wie schwer mit der polnischen Seite ein Einvernehmen möglich war, folgendermaßen:

Die Anerkennung der polnischen Administration durch die Westalliierten bedeutete nach deren Auffassung mit zunehmendem zeitlichen Abstand von der Konferenz noch keine völkerrechtlich definitive Anerkennung der Grenzlinie.

Man merkt die Mühe um den Kompromiß; man merkt aber auch, daß diese Formulierung durchaus eine Annäherung der Standpunkte beinhaltet; denn es geht ja gerade um die polnische Behauptung, eine völkerrechtlich definitiv geregelte Westgrenze zu haben. Ich komme darauf nachher noch einmal zurück.

Weiter heißt es:

Mit der gleichzeitigen Einigung über den Artikel 13 (Transfer der deutschen Bevölkerung) und der Aufstellung eines Aufnahmeplans des Alliierten Kontrollrats in Deutschland im November 1945 wurde aber von den Alliierten selbst präjudiziert, daß es sich bei der polnischen Administration der ehemals deutschen Gebiete nicht um ein revidierbares Provisorium handeln könne.

(Lauterbach [CDU]: Transfer!)

— Wissen Sie denn nicht, woher das Wort „Transfer“ kommt? Das kommt aus einem Vertrag, den unsere Westalliierten mit der Sowjetunion abgeschlossen haben. Diese Schöpfung von Sprache ist nichts, was Sie denen vorwerfen könnten, die hier die Kommission besetzt haben. Das ist doch der Punkt. Es ist ein völlig falscher Ansatz.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Man kann darüber philosophieren, ob es nicht grausam ist, ob es nicht geradezu unmenschlich ist, Sprache dazu zu verwenden, um menschliches Leid zu übertünchen. Aber es ist für einen Historiker völlig unmöglich, einfach nicht zur

Minister Krollmann

Kenntnis nehmen zu wollen, daß eben diese sprachlichen, vertraglichen Fakten gesetzt worden sind.

Aus dieser klar vertretbaren Aufnahme des Inhalts eines Vertrags, der für uns eine erhebliche Rolle gespielt hat und spielt, in eine solche Empfehlung wollen Sie auf Einseitigkeit dieser Empfehlung schließen. Das verstehe ich nicht. Ich verstehe dies auch und gerade vom Standpunkt dessen nicht, der doch vorgibt — ich will das einmal abnehmen —, sich um historische Realitäten zu bemühen.

Präsident Dr. Wagner:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Minister Krollmann: Bitte!)

Herr Lauterbach, bitte!

Lauterbach (CDU):

Herr Kultusminister, wollten Sie mit Ihrer Bemerkung über den Begriff „Transfer“ soeben unterstellen, daß sich die westlichen Alliierten des letzten Weltkrieges unter „Transfer“ die Dinge haben vorstellen können und gemeint haben, die sich tatsächlich ereignet haben? Und ich frage Sie: Waren Sie dabei, als die Vertreibung stattgefunden hat?

(Beifall bei der CDU.)

Krollmann, Kultusminister:

Sehr verehrter Herr Kollege, ich verstehe, daß es Ihnen schwerfällt, ein Argument zu akzeptieren, das Sie nicht widerlegen können. Es ist nicht mein Problem, mir jetzt darüber Gedanken zu machen, ob sich die westlichen Alliierten haben vorstellen können, was dieses Wort „Transfer“ bedeutet. Daß es jedenfalls den Heimatverlust bedeuten würde, das haben sie sich mit Sicherheit vorstellen können. Daß sie sich vielleicht in ihrer Vorstellung hinter der Möglichkeit versteckt haben, daß dies alles ohne, über den Heimatverlust hinausgehendes zusätzliches menschliches Leid und ohne Verluste an Leben und Gesundheit vor sich gehen könnte — auch dieses könnte ich mir denken; denn Menschen sind leicht geneigt, etwas, was sie vereinbaren, zu rationalisieren, sich die Möglichkeit offenzulassen zu einer solchen Rationalisierung.

Präsident Dr. Wagner:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

(Minister Krollmann: Bitte!)

Herr von Zworowsky!

von Zworowsky (CDU):

Herr Kultusminister, ist Ihnen nicht bekannt, daß in dem gleichen Vertragspapier, in dem vom „Transfer“ gesprochen wurde, auch davon die Rede war, daß er in humaner Weise vor sich gehen sollte, und sind Sie nicht der Auffassung, daß das, was realisiert wurde, dem total widerspricht?

Krollmann, Kultusminister:

Herr Abgeordneter, meine Antwort hat bereits, so glaube ich, deutlich gemacht, daß ich die Frage, die Herr Kollege Lauterbach gestellt hat, verneint habe. Mir ist dies bekannt. Ich bin schließlich großgeworden — das ist eine einfache Frage des Jahrgangs — in der Auseinandersetzung um die Vertreibung.

(Zurufe.)

Minister Krollmann

— Haben Sie daran Zweifel, daß für einen Angehörigen des Jahrgangs 1929 diese Frage zum Bestandteil der politischen Auseinandersetzung gehörte? Ich glaube doch wohl nicht. Soweit sollten wir uns doch wenigstens in der Auseinandersetzung über solche Fragen gegenseitig noch respektieren.

Der Gegenstand meiner Darstellung ist keinesfalls, rückblickend nun etwa das, was sich bei der Vertreibung aus den jetzt polnisch administrierten Gebieten abgespielt hat, zu verniedlichen, das ungeheuerliche menschliche Leid hier herunterzureden; o nein! Mein Problem ist es lediglich, hier klarzumachen, daß in dem Abkommen eben diese Wendung enthalten ist, daß die Kommission diese Wendung aufgenommen hat und daß wir nicht gehalten sind, weder des rechtlichen Charakters der Empfehlungen wegen noch aus dem Inhalt der Empfehlungen unserer eigenen Darstellung dagegenzusetzen.

Was wir allerdings tun müssen — dieses ist auch ein Gegenstand der Empfehlungen; das ist ihr Hintergrund —, ist, die polnische Seite der Sache ebenfalls darzustellen, und ich wage zu behaupten, daß wir aus unserer Sicht durchaus Defizite in der Darstellung der polnischen Seite haben und daß diese Defizite aufgearbeitet werden müssen. Dies, so verstehe ich es, war die Intention derer, die an diesen Empfehlungen gearbeitet haben, insonderheit auf deutscher Seite.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Zitat aus den hier inkriminierten Empfehlungen bringen, den Schlußabsatz. Es heißt dort:

Auf Grund der deutsch-polnischen Verträge vom Mai 1969 wurden seit Februar 1970 konstruktive Verhandlungen geführt. Diese mündeten in den Warschauer Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland vom 7. Dezember 1970. Darin stellten beide Vertragspartner fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf in den Potsdamer Beschlüssen festgelegt ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. Beide Staaten sicherten einander die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in Zukunft und die uneingeschränkte Achtung ihrer territorialen Integrität zu. Sie erklärten, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden. Der Warschauer Vertrag bietet Grundlagen zur Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland in wesentlichen Bereichen. Beide Regierungen haben die Absicht bekräftigt, diese Zusammenarbeit im Geiste der Vereinbarung von Helsinki vom 1. August 1975 konstruktiv weiterzuentwickeln.

„Sie sicherten sich die uneingeschränkte Achtung ihrer territorialen Integrität zu“. Jetzt stellen Sie sich einmal vor — ich will gar nicht erst versuchen, völkerrechtlich zu argumentieren —, wie die polnische Seite in einer solchen Kommission ihre Westgrenze anschaut. Allein die Frage stellen, heißt bereits die Antwort geben. Es wäre niemals zu einer Empfehlung gekommen, wenn nicht der polnische Anspruch, in dem Gebiet, in dem polnische Menschen heute leben, unangestastet zu bleiben, ebenso in die Schulbuchempfehlungen aufgenommen wäre, wie dies im Vertrag selbst der Fall ist.

Was dies mit der Frage der Wiedervereinigung in Freiheit zu tun hat, ist für mich nicht so leicht einzusehen, es sei denn, wir würden uns in der Tat dazu verstehen, die polnische Westgrenze in Frage zu stellen. — Wir sollten uns also sehr sorgsam, wirklich sehr sorgsam auf diesem Felde bewegen. Denn hier geht es um Fragen von größtem Gewicht, hier geht es um Fragen, die die friedliche Entwicklung gegenüber unserem östlichen Nachbarn auf das intensivste berühren.

Minister Krollmann

Dies alles in allem genommen und weiterhin noch einmal betonend, daß es sich hierbei nicht um eine für mich als Kultusminister oder für irgendeinen, der in dieser Frage arbeitet, verbindliche amtliche Empfehlung handelt, sondern um ein Papier, das aus sich selbst heraus zu beachten ist, mit dem man sich auseinanderzusetzen hat, kann ich nur noch einmal unterstreichen, daß ich dieses Papier so behandeln werde wie frühere Empfehlungen. Ich möchte die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß es uns gelingt, über diese Fragen gerade mit Bezug auf die Schule zu einer sachlichen Diskussion zu kommen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Dr. Wagner:

Das Wort hat Herr Abg. Holzapfel.

Holzapfel (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Satz, daß Bonn nicht Weimar sei, enthält neben vielen Erwartungen auch die Erwartung, daß wir nach dem zweiten verlorenen Krieg in diesem Jahrhundert einen anständigeren, rationaleren und vernünftigeren Weg zur Bewältigung der Folgen dieses Krieges und zur Bewältigung des Problems finden, wie Aussöhnung über die Folgen dieses Krieges hinweg möglich ist.

Ich glaube, daß Bonn nicht Weimar ist. Aber was betrüblich ist, ist der ständige Versuch der CDU/CSU, in dieser Frage aus Bonn Weimar zu machen. Wir haben das in diesem Parlament in jenen Passagen erlebt, in denen der Kollege Milde für seine Fraktion die — wenn der Ausdruck gestattet ist — schlechte Geschmacklosigkeit besessen hat, die Polen-Verträge mit den Haushaltsberatungen dieses Parlaments in Verbindung zu bringen. Wir haben es gestern wieder erlebt, als der Kollege Milde versucht hat, die Polen-Verträge und die Politik einer Aussöhnung mit Osteuropa mit der angeblichen Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik in Verbindung zu bringen. Wir erleben mit der Art und Weise, in der wir mit dem Antrag der CDU zu den Bemühungen der deutsch-polnischen UNESCO-Kommissionen konfrontiert werden, einen dritten Schritt auf derselben Ebene.

Diese Verhandlungen, die vom Georg-Eckert-Institut geführt worden sind, sind schwierige Verhandlungen gewesen; darüber ist berichtet worden. An ihnen haben, um dies gleich hinzuzufügen, von deutscher Seite unstrittig die qualifiziertesten Vertreter der neueren Geschichte an unseren Hochschulen teilgenommen. Ich nenne nur den Namen von Prof. Dr. Martin Broszat vom Institut für Zeitgeschichte in München oder den Namen von Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen vom Institut für Politische Wissenschaft der Universität Bonn, die beide zu den kompetentesten Vertretern der neueren Geschichte, der Gegenwartsgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland gehören. Aus Hessen hat Prof. Dr. Klaus Zernack vom Historischen Seminar für osteuropäische Geschichte an der Frankfurter Universität teilgenommen.

Diese Verhandlungen haben zu einem Ergebnis geführt, das sicher Kompromißcharakter hat, weil es das Ergebnis einer Bemühung ist, über Gräben hinweg zu Formulierungen zu kommen, mit denen beide Völker leben können und von denen aus beide Völker einen Neuanfang in ihren Beziehungen zueinander setzen können.

Um so unsinniger ist der Vorwurf, den die CDU erhebt, diese Papiere seien einseitig. Dies genau sind sie nicht. Sie sind das Ergebnis einer langen und langwierigen Verhandlung, einer langen und langwierigen Bemühung um eine sachliche Darstellung dessen, was aus der Nachkriegsgeschichte zu bewältigen war.

Holzapfel

Dabei ist darauf hinzuweisen, daß diese Empfehlungen nur der letzte Teil eines umfassenderen Paketes sind, dessen erste vierzehn Punkte bereits 1972 verabschiedet worden sind und die die Geschichte bis 1945 umfassen. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß in der Zwischenzeit längst Verhandlungen begonnen haben, um einzelne Bereiche der deutsch-polnischen Beziehungen genauer auszuarbeiten und dort zu einer Übereinstimmung zu kommen.

Die Art und Weise, in der Sie, Herr Kollege Friedrich, sich mit diesem Papier auseinandersetzen, kann man an einer ganzen Reihe Ihrer sogenannten Zitate deutlich machen. Wenn Sie etwa diesem Hause erklären, dieses Papier sei deswegen so skandalös, weil darin die Heimatvertriebenenverbände als Revisionisten bezeichnet würden, dann hätten Sie fairerweise die Stelle zitieren sollen. An dieser Stelle steht ausdrücklich, daß dies eine polnische Interpretation der Heimatvertriebenenverbände war, d. h. daß diese Interpretation von deutscher Seite nicht übernommen wird, daß dort über den Begriff der Heimatvertriebenen ein ganz anderer Passus enthalten ist, nicht zuletzt im Hinblick auf deren soziale Integration und ihren Beitrag zum Aufbau in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Sie können sich bei einer solchen Auseinandersetzung auch nicht hier hinstellen und sagen, der Beitritt zur NATO wäre einseitig als krisenverschärfend hingestellt worden, wenn Sie in dem gesamten Papier immer parallel den Hinweis darauf haben, daß die Bindung sowohl der beiden deutschen Staaten als auch Polens in den jeweiligen Lagern beidseitig in der Blockbildung Ursache dieser Verhärtung war; eine einseitige Ableitung dieses Prozesses wird also nicht versucht.

Auf den Abschnitt über die territoriale Veränderung ist der Kultusminister schon eingegangen. Wenn Sie in der Begründung Ihres Antrags behaupten, die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz würden so dargestellt, als ob eine endgültige Übergabe von Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien durch die Siegermächte an Polen erfolgt sei, dann steht dies schlicht im Widerspruch zu dem, was Sie in den Empfehlungen nachlesen können. In den Empfehlungen wird die Vorgeschichte des Potsdamer Abkommens umrissen. In den Empfehlungen wird umrissen, daß zwischen den Alliierten das Ausmaß der Westverschiebung strittig war. Das wissen Sie sicherlich auch, daß es historisch nicht die Frage war, ob eine Verschiebung der Westgrenze erfolgt, sondern ob sie über die Oder-Linie hinaus bis zur Neiße erfolgt oder nicht.

In dieser Darstellung wird festgehalten, daß bereits vor Beginn des Potsdamer Abkommens die faktische Gewalt in diesen Gebieten auf Seiten Polens lag. Es wird festgehalten, daß die Westmächte dieses als eine provisorische Regelung betrachtet haben, hier aber zugleich ein Widerspruch in der Konstruktion des Potsdamer Abkommens lag. Denn das war es ja ganz offensichtlich, und das hat ja die Folgen in der Nachkriegsgeschichte ausgelöst, daß auf der einen Seite die juristische Vorläufigkeit dieser Regelung festgehalten wurde und zugleich im selben Potsdamer Abkommen unter dem Abschnitt „Transfer“ die Ausweisung und Vertreibung der deutschen Bevölkerung legalisiert worden ist. Churchill hat damals, wie Sie wissen, gesagt: Weshalb hätten wir denn eigentlich diesen Transfer-Passus zugebilligt, wenn wir gemeint hätten, wir wollten dies zu irgendeinem Zeitpunkt wieder rückgängig machen?

Von daher auch die Übernahme des Begriffes „Transfer“, worauf schon hingewiesen worden ist. Wenn Sie meinen, daß die Vertreibung der Deutschen in diesem Papier nicht hinreichend gewürdigt worden wäre als die Belastung, die es war, und als das menschliche Leid, das es war, dann will ich Sie nur darauf hinweisen, daß hier sehr deutlich nicht nur Zahlen über das Ausmaß derjenigen Deutschen, die dort ge-

Holzappel

wohnt haben und vertrieben wurden, genannt werden, sondern daß ich auch nicht Ihre Einschätzung teile, daß die Wortwahl hier irgend etwas beschönigt. Der Begriff „Transfer“ ist aus dem internationalen Recht des Potsdamer Abkommens übernommen. Daneben aber stehen Formulierungen wie „evakuiert“, „flüchteten unter großen Verlusten“, „wurden ausgewiesen“ oder „wurden zwangsumgesiedelt“. Ich glaube, daß dies durchaus klare und deutliche Begriffe sind, die zeigen, daß auch seitens der polnischen Vertreter ein Bemühen zu erkennen war, ein realistisches Verhältnis zu dem zu gewinnen, was sich um 1945 dort abgespielt hat.

Sie sagen in Ihrer Begründung schließlich, der Bonner Deutschlandpolitik werde das Ziel der Wiedervereinigung nicht zuerkannt. Ich vermag dies allerdings aus dem Text dieser Empfehlung nicht zu erkennen. Ihre Kritik an der Feststellung, daß 1945 das faktische Ende des Deutschen Reiches bedeutet hat, ist wohl in keiner Weise nachvollziehbar; denn dieses ist ja nun unbestritten historische Wahrheit.

(Krüger [F.D.P.]: Münchner Abkommen!)

Daß unsere Kinder in den Schulen lernen sollen, daß jener „Gröfaz“, der einmal meinte, daß dieses Deutsche Reich bis zum Ural auszudehnen wäre, als historisches Ergebnis die Zerschlagung eben dieses Deutschen Reiches produziert hat, ist in der Tat ein Punkt, den wir in einem solchen Abkommen übereinstimmend festhalten sollten, können und müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Bei Ihnen ist zum Schluß deutlich geworden, daß eigentlich Ihre Kritik gar nicht so sehr auf die Empfehlungen der UNESCO-Kommissionen geht, sondern daß Sie eigentlich den Sack prügeln und den Esel meinen, wenn Sie mit

(Kanter [CDU]: Sehr schönes Beispiel, ja!)

einem kleinen Schlenker darauf hinweisen, daß die Schulbuchempfehlungen auf Aussagen des deutsch-polnischen Vertrages verweisen, nach denen die beiden Vertragspartner feststellen, „daß die bestehende Grenzlinie die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet“ und beide Staaten einander „die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in Zukunft“ und die „uneingeschränkte Achtung ihrer territorialen Integrität“ zusichern. Sie meinen damit eigentlich, daß es ja Verschulden der sozial-liberalen Bundesregierung sei, daß wir so etwas heute in unseren Schulen lehren müssen. Ich meine, dann sollten Sie ehrlich sein und in diesem Hause nicht eine solche Debatte über diejenigen anfangen, die die Ergebnisse der Ostpolitik in gemeinsamen Schulbuchkommissionen festhalten. Sie sollten dann offen, wie Herr Milde das ja in seiner „charmanten“ Art schon mehrmals getan hat, massiv gegen die Aussöhnungspolitik dieser Bundesregierung mit Osteuropa auftreten, aber nicht mit dem Vorwand, Sie meinten hier nur irgendwelche Empfehlungen, in denen deren Ergebnisse festgehalten worden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ihr heimlicher Führer — oder vielleicht besser: Ihr unheimlicher Führer —, Herr Strauß, hat 1970 in Bad Reichenhain erklärt:

Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind. Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein.

(Zurufe von der SPD.)

Dies ist ein interessantes Zitat. Ich habe an dieses Zitat gedacht, als ich in der Presse las, daß Ihr Parteifreund Albrecht seinen Sieg in Hannover in der Nachbarschaft des früheren NPD-Vorsitzenden Thadden gefeiert hat

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Holzappel

und dies offensichtlich niemandem aufgefallen ist. Ich glaube es gibt Stunden im Parlament, in denen man versteht, weshalb dem so ist.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Dr. Wagner:

Das Wort hat Herr Abg. Krüger.

Krüger (F.D.P.):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die deutsche Rechte hat sich in den ausgehenden zwanziger und den beginnenden dreißiger Jahren an einer verschwindenden Minderheit von Kommunisten so hochgeschaukelt, daß sie 1932 durch Wahlen im Deutschen Reich die Macht übernahm. Das Ergebnis war Unfreiheit; das Ergebnis war ein Krieg, der 50 bis 60 Millionen Tote auf allen Seiten,

(Zurufe von der CDU.)

bei allen Beteiligten, gekostet hat. Diese 50 bis 60 Millionen Toten — und hier berufe ich mich gern auf Martin Niemöller, der ja viele Jahre in diesem Lande zu dieser Frage mahnend Stellung bezogen hat — gehen auf das Konto des Deutschen Reiches. Dabei will ich nicht verkleinern — nur ist dies nicht unsere heutige Frage —, wer auf der anderen Seite auch Schuld auf sich geladen hat. Ich rede hier und ganz bewußt in diesem Zusammenhang von uns, von den Deutschen. Ich sage Ihnen dazu: Es gibt Leute der Generation — und ich zähle mich dazu —, die nicht mehr beteiligt waren, die erst in den Kriegsjahren geboren worden sind, die noch heute Schuld verspüren, weil sie zu einem Volk gehören, das an so viel Unrecht in der Welt beteiligt gewesen ist.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Lassen Sie mich, um zum unmittelbaren Zusammenhang zu kommen, eine Passage — mit freundlicher Genehmigung des Präsidenten — aus den hier inkriminierten Empfehlungen zitieren:

In den Polen gemäß den Potsdamer Beschlüssen übertragenen ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße lebten 1939 ca. 8,5 Millionen Menschen. Etwa die Hälfte von ihnen, außerdem die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung Danzigs sowie der in Polen lebenden Deutschen, wurden entweder evakuiert oder flüchteten unter großen Verlusten nach vor Kriegsende in die deutschen Gebiete westlich von Oder und Neiße. Der größte Teil der in den Oder-Neiße-Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung wurde in den Jahren 1945 bis 1947 ausgewiesen bzw. im Rahmen des interalliierten Transfer-Abkommens zwangsumgesiedelt. In der Folgezeit fanden noch einzelne Übersiedlungen und individuelle Ausreisen im Rahmen der Familienzusammenführung u. a. in den Jahren 1956/57 statt.

Wer ein bißchen von Sprachanalyse versteht, muß sehen, daß — wenn hier bei „Familienzusammenführung“ erstmalig das Wort „Ausreise“ und ansonsten das Wort „Zwangsumsiedlung“ gebraucht wird — die Polen eine ganze Menge bei der Zustimmung zu diesen Empfehlungen haben auf sich nehmen müssen, nämlich gegenüber dem Großen Bruder in Moskau!

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Dies ist doch nun wirklich eine höchst peinliche Geschichte, daß in einem deutschen Parlament, egal auf welcher Ebene, an einer solchen Stelle angesetzt wird.

(Beifall bei F.D.P. und SPD. — Zurufe von der CDU.)

Krüger

Es ist dies eine außerordentlich peinliche Angelegenheit, und ich schäme mich für Sie, meine Damen und Herren, daß Sie dieses Schauspiel veranstalten.

(Zurufe von der CDU.)

Meine Damen und Herren, was wollen Sie denn eigentlich? Anstatt des Wortes „Zwangsausweisung“ das Wort „Zwangvertreibung“? Das wäre natürlich wieder die Verballhornung der deutschen Sprache, mit der Sie sich in den letzten Jahren bedeutende Verdienste erworben haben.

(Sturmowski [CDU]: Etwas ruhiger, Herr Krüger!)

Allerdings ist „Zwangvertreibung“ eine Tautologie; denn Vertreibung beinhaltet bereits den Zwang. Was soll's also? Hier steht „Zwangsumsiedlung“. Das ist die schärfste Form dessen, was man in einer solchen Situation überhaupt darstellen kann. Was eigentlich wollen Sie? Den Krieg nachträglich gewinnen?

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Dann stellt sich der Kollege Friedrich, der ja nahezu zu meiner Generation gehört, hier hin und redet von 1,5 Millionen umgekommenen Deutschen in diesem Bereich.

(Friedrich [CDU]: Wollen Sie das bestreiten?)

— Soll ich Ihnen sagen, daß unser Land 6 Millionen tote Polen in der gleichen Zeit zu verantworten hat? Das müssen Sie doch mit dazusagen!

(Friedrich [CDU]: Ist das bestritten worden?)

— Das haben Sie nicht erwähnt; das lassen Sie weg. Das ist das, wo Sie durch Geschichte Politik machen, Herr Kollege Friedrich!

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Ich schäme mich für derartige Auftritte!

(Friedrich [CDU]: Deshalb werden Sie auch so rot! — Weitere Zurufe.)

Meine Damen und Herren, meiner Generation ist es egal, ob ein Deutscher, ein Pole, ein Ire oder ein Afrikaner umgebracht wird: Es ist ein Mensch, und das zählt. Nichts sonst!

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Hier soll nicht das Leid der Betroffenen verkleinert werden. Im Gegenteil! Wer ein Herz hat, wer Moral hat, auch in der Politik, Herr Kollege Friedrich, der leidet mit denen auch, obwohl diese Schicksale zum Teil längst vergessen sind; der kann auch heute noch mit den Betroffenen leiden. Aber es waren eben auch 6 Millionen Polen betroffen und nicht nur 1,5 Millionen Deutsche. Das ist das Entscheidende, und dies vergessen Sie, vor allen Dingen draußen an Ihren Stammtischen und wo immer Sie über die deutsch-polnischen Verträge sprechen. Es gibt wenige in Ihrer Partei, die das nicht vergessen. Ich schätze mich glücklich — dies darf ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen —, daß ich als Gegenkandidat für den kommenden Deutschen Bundestag Walther Leisler Kiep habe, der mehr Moral hat, als Sie alle zusammen haben, die Sie hier so etwas unterstützen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD. — Bohl [CDU]: Wer soll sich denn hier schämen? — Weitere Zurufe von der CDU.)

Lassen Sie mich schließen und an etwas anknüpfen, was Herr Kollege — —

(Beifall bei der CDU.)

— Mein Gott, Sie sind ja noch billiger, als ich es für möglich gehalten habe.

(Beifall bei F.D.P. und SPD.)

Krüger

Lassen Sie mich damit schließen, daß ich an etwas anknüpfe, das Herr Kollege Holzappel hier schon erwähnt hat, nämlich diese schillernde Figur Albrecht in Niedersachsen. Lesen Sie einmal im „Spiegel“ nach; in dem „Spiegel“-Interview bietet Herr Albrecht das, was Sie hier mit dem Tremolo des Deutschen nationalen vertreten, als Handelsobjekt im Bundesrat an, nur damit er an der Macht bleiben oder an die Macht kommen kann.

(Beifall bei F.D.P. und SPD. — Zurufe von der CDU.)

Das ist Ihre politische Moral! Pfui!

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und SPD. — Anhaltende Zurufe von der CDU.)

Präsident Dr. Wagner:

Das Wort hat Herr Abg. Stanitzek.

Stanitzek (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hätte Herr Krüger mit weniger Lautstärke, dafür aber mit mehr Sachlichkeit wenigstens nachgelesen, dann hätte er Herrn Kollegen Friedrich nicht derartige Vorwürfe machen müssen. Herr Kollege Friedrich hat hier die Einseitigkeit der Empfehlungen dargestellt.

(Klocksinn [SPD]: Durch Einseitigkeit!)

Wenn Sie, Herr Krüger, in der Passage 4 — Bewältigung der Vergangenheit — nachgelesen hätten, so hätten Sie bemerkt: Da steht etwas über die Verluste des polnischen Volkes: „Polen hat mehr noch als andere besetzte Länder durch die Gewaltpolitik des Hitlerregimes schwere Verluste hinnehmen müssen.“ Was Herr Kollege Friedrich hier deutlich machen wollte, ist der andere Standpunkt.

(Zuruf Klocksinn [SPD].)

Man kann nicht miteinander rechten, ob 1 oder 10 Tote oder 6 Millionen oder 1,5 Millionen; rechten kann man, ob der andere Standpunkt, hier der deutsche Standpunkt, nicht zum Ausdruck kommt.

(Krüger [F.D.P.]: Den habe ich doch zitiert, den deutschen Standpunkt!)

Da, Herr Krüger, hilft auch kein Schreien, da hilft nur nachlesen und ruhig nachdenken.

(Beifall bei der CDU.)

Bei dem, was der Herr Kultusminister zu den rechtlichen Empfehlungen gesagt hat, hat er so getan, als wenn dies gar nicht verbindlich sei, obwohl sehr klar gerade in diesen Empfehlungen gefordert wird, daß sie unverzüglich in den Schulbüchern durchgesetzt werden sollen. Man weiß aus Erfahrung, und wir haben praktische Beispiele, wie Sozialisten dies in ihren Ländern halten. Wenn es ihnen politisch genehm ist, dann tun sie das auch.

Ich habe in diesem Zusammenhang ein Beispiel, wie Sie mit Andersdenkenden in dieser Frage umgehen, Herr Kultusminister. Die Historische Kommission für Schlesien hat Ihnen im Januar 1975 geschrieben und im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Empfehlung von 1972 im „Staatsanzeiger“ darum gebeten, auch den entsprechenden kritischen Standpunkt dort abzudrucken. Sie haben es noch nicht einmal für nötig befunden, die Historische Kommission für Schlesien schriftlich zu bescheiden; denn bis heute ist dieser Brief unbeantwortet. Auch dies gehört zur Wirklichkeit und zur Auseinandersetzung in der Sache.

(Beifall bei der CDU.)

Stanitzek

Sie sollten hier nicht philosophieren über die unterschiedliche Auslegung des Potsdamer Abkommens. Die Sowjetunion hatte in den ostdeutschen Gebieten vollendete Tatsachen geschaffen, und daher blieben die Formulierungen auch so unklar, weil die Westalliierten gar nicht anders konnten, als wenigstens durch Unklarheit die Frage bis zu einem Friedensvertrag offenzuhalten.

Herr Kollege Friedrich hat in einzelnen Nachweisen für die Empfehlungen der 6. und 8. Schulbuchkonferenz dargelegt, wie durch Auslassungen historische Tatsachen schlichtweg verfälscht werden. Dieser Tatbestand ist in den Empfehlungen der 6. und 8. Schulbuchkonferenz besonders augenfällig, weil die Vertreter des kommunistischen Staates auf die historische Darstellung der Zeit, in der sie regierten, besonderen Wert legten. Aber der verfälschende Tatbestand fehlt auch nicht in den übrigen Empfehlungen.

In den meisten der 31 Empfehlungen aus dem Jahr 1972 zieht sich wie ein roter Faden ein Motiv: für die kommunistische These den Nachweis zu erreichen, die deutschen Ostgebiete hätten ohne den deutschen bzw. preußischen Imperialismus immer schon zu Polen gehören müssen. Damit wird der untaugliche Versuch immer wieder unternommen, die Annexion der deutschen Ostgebiete historisch zu rechtfertigen.

Aus der Fülle möglicher Beispiele in den Empfehlungen will ich vier herausgreifen, und Sie können das nachprüfen. In einer Fülle weiterer Fälle ließe sich das nachweisen.

Am Beginn der Empfehlungen steht lapidar:

Es steht fest, daß die Ostgermanen keine Vorfahren der deutschen Stämme waren.

Was soll das?

(Holzapfel [SPD]: Es ist so!)

— Ja, aber es ist auch so, daß feststeht, daß die Slawen keine Autochthonen, keine Ureinwohner des Odergebietes sind. Auch das ist eine historische Tatsache und hätte um der Genauigkeit willen mit als lapidarer Satz dazugehört.

Oder: Die Empfehlungen sprechen vom polnischen Reichsbürger Kopernikus. Das ist so. Aber es hätte hinzugehört, daß er ein Deutscher war und deutsch sprach. Auch dies ist eine Tatsache zur Ergänzung, und es zeigt die Einseitigkeit.

Oder: Die Empfehlungen sprechen von der Verantwortung Preußens unter Friedrich II. für das Zustandekommen der ersten Teilung Polens — als ob die Verantwortung Rußlands unter Katharina oder die Verantwortung Österreichs unter Maria Theresia nicht im gleichen Maße zur geschichtlichen Wahrheit gehörte.

Oder: Die Empfehlungen stellen fest, daß in der Abstimmung vom 20. März 1971 in Oberschlesien die Landbevölkerung mehrheitlich für Polen gestimmt habe und nur die Städte des Industriezentrums Mehrheiten für Deutschland erbracht hätten. Wahrheit ist, daß alle Klein- und Mittelstädte des flachen Landes in Oberschlesien bis auf eine Ausnahme außerhalb des Industriegebiets für Deutschland gestimmt haben. Wahr ist, daß an dieser Abstimmung die westlichen Kreise Oberschlesiens nicht teilnehmen durften; sonst wäre ein riesiges Ergebnis für Deutschland herausgekommen.

Weil diese von mir aufgezeigten Fakten, wie viele andere ebenso, für die kommunistische Seite und ihre Politik unangenehm sind, setzen sie in den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen ihre Art der Geschichte durch. Die deutschen Teilnehmer der Konferenz hätten entsprechend entgegenwirken müssen. Sie befanden sich aber gerade im Jahre 1972 in der allgemeinen ostpolitischen Euphorie, die ein objektives Nachdenken erschwerte.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf Nitzling [SPD].)

Stanitzek

Zudem haben die deutschen Delegationsleiter, Herr Professor Eekort und Professor Martineit, zwei SPD-Mitglieder, kein Hehl aus ihrer Haltung gemacht, daß sie in Übereinstimmung mit den polnischen Kollegen die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz nicht in erster Linie historisch, sondern unter politischen Gesichtspunkten geführt haben wollen. Schon vom Ansatz her ist diese Auffassung verfehlt; denn das Feststellen historischer Fakten darf sich nicht nach politischen Tagesauffassungen richten.

Die geschichtliche Wahrheit ist aber offensichtlich nicht nur den kommunistischen Vertretern aus Polen unangenehm gewesen, sondern die deutschen Teilnehmer haben es zugelassen, daß der für unsere Rechtsordnung unverzichtbare Standpunkt — die Verwirklichung der Menschenrechte und die Grundsätze des Völkerrechts — nicht in die Schulbuchempfehlungen einfließen konnte. So beginnen die Empfehlungen zum Thema Vertreibung mit dem Satz:

Die territorialen Veränderungen bei Ende des Zweiten Weltkrieges wurden mit umfangreichen Bevölkerungsverchiebungen verbunden. Sie zielten darauf ab, staatliche und ethnische Grenzen nach Möglichkeit in Übereinstimmung zu bringen.

Dieser Vorgang der Vertreibung, der Abtrennung deutschen Reichsgebiets — das wurde erwähnt —, wird so in den Empfehlungen abgefaßt, als wäre er eine zwangsnotwendige, selbstverständliche Folge eines Krieges auch im 20. Jahrhundert und nicht im Mittelalter. Kein Wort darüber, daß es sich um die völkerrechtlich verbotene Annexion fremden Staatsgebiets handelt; kein Wort erfährt der deutsche Schüler davon, daß die sogenannte Bevölkerungsverchiebung die millionenfache Verletzung der Menschenrechte darstellt.

Wenn Geschichtsunterricht ohne Bezug zu den allgemeinen Rechtsgrundsätzen der Menschlichkeit und des Völkerrechts gelehrt wird, dann wird in der heranwachsenden Generation keine Grundlage geschaffen, Recht und Unrecht zu unterscheiden.

Ein Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland — im Unterschied zu anderen, die mit am Verhandlungstisch saßen — kann insbesondere auf dieses Erziehungsziel der Unterscheidung von Recht und Unrecht auch im Geschichtsunterricht nicht verzichten.

(Beifall bei der CDU.)

So wie in den Empfehlungen die Verletzung der Menschenrechte verschwiegen wird, so wird die kommunistische Machtergreifung in Polen als Befreiung dargestellt. Den deutschen Schülern soll die These suggeriert werden, daß die Rote Armee selbstlos Polen und damit auch die DDR befreit hat.

Kein Wort über die unterschiedliche Legitimität zur Bundesrepublik Deutschland, kein Wort über den Molotow-Ribbentrop-Pakt vom August 1939, der doch sicherlich geschichtliche Wahrheit ist, zum Verständnis des Westdranges Polens gehört und eine der Ursachen des Zweiten Weltkrieges ist, kein Wort über die Teilung Polens im Jahre 1939, kein Wort über das Wirken der Roten Armee im Nachkriegs-Polen. — Statt dessen die kommunistische Formel von der Befreiung Polens.

Wenn die kommunistischen Machthaber Polens die Besetzung Polens durch die Rote Armee als Befreiung nach sozialistischem Völkerrecht darstellen, so ist das von uns nicht zu verhindern. Daß aber deutsche Schulkinder historische Tatbestände auf den Kopf gestellt kennenlernen sollen, mit dem Anspruch auf historische Objektivität, das ist unzumutbar.

(Beifall bei der CDU.)

Es stellt sich das grundsätzliche Problem, ob über Geschichtsabläufe ähnlich wie über künftige außenpolitische Bo-

Stanitzek

ziehungen Verträge abgeschlossen werden können, indem Tatsachen im Stil des diplomatischen Kuhhandels so lange behandelt werden, bis ein nach Worten deckungsgleiches Ergebnis erzielt wird, das aber mit dem historischen Geschehensablauf nichts mehr zu tun hat.

In den Fällen, in denen eine übereinstimmende Auffassung von Völkerrecht und Menschenrecht vorliegt, sind Schulbuchempfehlungen, wie z. B. zwischen Deutschland und Frankreich, ohne Schwierigkeiten möglich. Hier waren tatsächlich in deutschen Schulbüchern Vorstellungen von Haßgedanken. Nur, dieser Gedanke, der von Prof. Labuda geäußert wurde, ist wohl heute in deutschen Schulbüchern in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr vorhanden. Er hatte wohl Beispiele — als er von der Beseitigung von Vorurteilen und Haßgedanken sprach — aus seinem Land, nicht aus dem unseren.

Mit den Staaten, in denen das Völkerrecht in der staatlichen Wirklichkeit auf den Kopf gestellt wird, sind wohl Schulbuchkonferenzen notwendig und nützlich; ihr Ziel dürfen aber nicht gemeinsame Empfehlungen um jeden Preis sein, sondern man muß auch in Kauf nehmen, objektive unterschiedliche Auffassungen in diesen Schulbüchern darzulegen.

Jeder ernstzunehmende deutsche Leser der Schulbuchempfehlungen muß sich verhöhnt vorkommen, wenn diese Empfehlungen in dem Kapitel „Auf dem Wege zur Normalisierung“ auf die Vereinbarung von Helsinki vom 1. 8. 1975 Bezug nehmen und man gleichzeitig weiß, wie die kommunistischen Machthaber die ausreisewilligen Deutschen in Polen heute behandeln.

(Beifall bei der CDU.)

Fortdauernde Verletzung der Menschenrechte unseren Kindern vorzuenthalten, ist aber nur dann verständlich, wenn man Willy Brandt in den letzten Tagen richtig versteht, daß es in den kommunistischen Parteien interessante Entwicklungen gibt. Wer — so wie es nach den Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz vorgesehen ist — die deutsche Jugend mit Halbwahrheiten ausbilden will, der möchte absichtlich verhindern, daß bei der Jugend ein eigenes kritisches Beurteilungsvermögen über Geschichtsabläufe entsteht.

Präsident Dr. Wagner:

Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Stanitzek (CDU):

Herr Präsident, ich komme zum Schluß.

Historische Teilkenntnisse lehren, heißt junge Menschen bewußt unwissend halten, um sie dann besser manipulieren zu können.

(Beifall bei der CDU.)

Da ein fundiertes Urteil über deutsche Geschichte auch ein Urteil über die verfehlte Ostpolitik der gegenwärtigen Regierung bedeuten kann, liegt der Gedanke nahe, daß es die Absicht der einseitig zusammengesetzten deutschen Verhandlungskommission war, die verfehlte Ostpolitik auf den Schulen durch eine verfälschte Geschichtslehre zu rechtfertigen.

Holzappel (SPD): Die UNESCO ist auch schon unterwandert!

Ein solcher Versuch darf nicht Wirklichkeit werden, weil er dem Recht, der Wahrheit, dem Frieden und der echten Verständigung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk entgegensteht.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Wagner:

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Best.

Dr. Best (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ja im Verlaufe dieser Debatte einige sehr interessante Ausführungen auch zur geschichtlichen Betrachtung insgesamt gehört. Ich freue mich, Herr Kollege Stanitzek, daß Sie ausgeführt haben, die Feststellung historischer Fakten dürfe sich nicht nach der Tagesauffassung richten. Wenn man aber alles das zusammenfaßt, was hier heute geradezu als Appell an die Emotionen all der Vertriebenen zu verstehen ist, dann ist das immer noch keine Geschichtsbetrachtung aus der Distanz von 30 Jahren, sondern da ist das ganz primitiv der Appell an die Emotionen all derer, die unter dieser Vertreibung gelitten haben. Das dient in keinem Fall dem, was wir im Grunde genommen als Geschichtsbewältigung im Verhältnis auch zwischen Deutschland und Polen herbeiführen wollen.

Herr Kollege Krüger hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Polen viel Leid hat auf sich nehmen müssen, nicht nur im Verhältnis zu uns, sondern auch im Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarn.

(Krüger [F.D.P.]: Jahrhundertelang!)

— Jawohl. Was wir letzten Endes — wenn wir distanziert von Tagesfragen und losgelöst von den Emotionen, die Sie aufputschten — über unser Verhältnis zu Polen zu sagen haben, das muß von einer anderen Warte ausgehen. Dabei können Sie ruhig in die Geschichte zurückgreifen. Dann haben Sie nicht eine Teilung Polens, Herr Kollege Stanitzek, sondern gleich drei Teilungen festzustellen. Sie müssen den Frieden von Brest-Litowsk erwähnen, und dann können Sie weiterfahren in der leidvollen Geschichte dieses polnischen Volkes. Da sind keine Höhepunkte, die einen Vergleich mit dem Verhältnis Deutschland—Frankreich erlauben würden, wenn man an die Siege Frankreichs von 1918 und 1945 denkt, um nur in der jüngsten Vergangenheit zu bleiben. Für Polen gab es 1945 keinen Sieg. Wer das als Sieg dieses leidgeprüften Volkes hinstellen will, der geht an den geschichtlichen Tatsachen doch eklatant vorbei.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Dr. Wagner:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Dr. Best [SPD]: Bitte sehr!)

Bitte, Herr Abg. Stanitzek!

Stanitzek (CDU):

Herr Kollege Dr. Best, können Sie mir sagen, ob am heutigen Morgen jemand das Ende des Zweiten Weltkrieges für Polen als Sieg der Polen dargestellt hat?

Dr. Best (SPD):

Es kommt nicht darauf an, wie Sie das hier darstellen wollen.

(Jagoda [CDU]: Sie können doch so etwas nicht unterstellen!)

Es wird vielmehr sehr entscheidend darauf ankommen — wie ich in Anknüpfung an die Ausführungen des Kollegen Krüger gesagt habe —, die ganze Situation Polens vor dem Hintergrund der Verträge von 1945 und mit Rücksicht auf

Dr. Best

die Besonderheit des Verhältnisses Polens zu seinem größeren östlichen Nachbarn zu sehen. Nur so sind alle diese Positionen zu verstehen. Ich möchte Ihnen den guten Rat geben, auch einmal zu überdenken, wie weit man sich auf polnischer Seite frei bewegen konnte bei der Darstellung politischer Tatsachen und geschichtlicher Ereignisse. Ich glaube, diese sehr freimütige Form der Geschichtsbuchempfehlungen bedeutet, einen Schritt weitergekommen zu sein.

Ich bin dem Kultusminister sehr dankbar, daß er in diesem Zusammenhang sehr deutlich herausgestellt hat, daß die UNESCO-Empfehlungen und überhaupt die Zusammenarbeit innerhalb der UNESCO den einzigen Weg darstellen, auf dem wir dieses deutsch-polnische Verhältnis entkrampfen können, auf dem wir weiterkommen können. Wir wollen doch die Dinge nehmen, wie sie sich in der politischen Realität darstellen, und nicht, wie wir sie uns wünschen. Wir wollen doch keine Geschichtsschreibung nur nach unseren Vorstellungen betreiben.

Geschichtsbücher — das wollen wir auch einmal den Lehrern sagen — sind ja heute nicht die einzige Erkenntnisquelle für junge Menschen, sondern es kommt noch eine weitere Reihe von Möglichkeiten der Information hinzu. Ich kenne auf dem deutschen Buchmarkt nach 1945 kein Buch, das in irgendeiner Weise etwa die Begriffe „Zwangsumsiedlung“ oder „Transfer“ oder was weiß ich noch in irgendeiner Form beschönigend dargestellt hätte, sondern hier sind doch alle die Grausamkeiten, alle die Erlebnisse in zahlreichen Einzelschilderungen — auch in Fernsehsendungen — so deutlich geworden, daß jedem zusätzlich zu der Erkenntnisquelle Geschichtsbuch noch eine breite Palette weiterer Informationsmöglichkeiten angeboten wurde. Wenn daneben auch ein etwas — sagen wir — nationalbezogene Darstellung aus der polnischen Sicht mit einfließt im Rahmen dieser Empfehlungen — ich weiß nicht, warum man dafür jetzt kein Verständnis haben sollte, zumal man sich sicher auch auf das Verhältnis Deutschland—Frankreich bezieht.

Präsident Dr. Wagner:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Dr. Best [SPD]: Bitte sehr!)

Bitte, Herr Abg. Pulch!

Pulch (F.D.P.):

Herr Kollege Best, sind Sie mit mir der Auffassung, daß man die geschichtliche Realität und die geschichtliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte hier in Fünf-Minuten-Referaten nicht einmal annähernd darstellen kann?

Dr. Best (SPD):

Genauso will ich auch meinen Schluß zu diesem Beitrag formulieren. Es ist ja wohl kaum vorstellbar, daß wir in der Lage sind, hier in einer Debatte über Geschichtsbuchempfehlungen das gesamte deutsch-polnische Verhältnis zu bewältigen, und es ist unmöglich, das hier in Referaten im einzelnen darzustellen. Aber es kann nicht unwidersprochen bleiben. Herr Kollege Pulch, daß — mit einem Appell an die Emotionen — auch wieder nicht nach historischer Betrachtung, sondern aus einer Tagesauffassung heraus Geschichtsauslegung in den Raum gestellt wird, die völlig fehlt.

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, den dringenden Rat geben: Überdenken Sie auch in dieser Hinsicht einmal Ihr eigenes Verhältnis. Sie wissen,

Dr. Best

daß Sie die Dissidenten hinsichtlich dieser Auffassung, wie Sie sie hier bekunden, in Ihren eigenen Reihen haben; ich lese gerade heute in der Zeitung, daß mit den Stimmen der CDU-Abgeordneten Blüm und Müller-Remschoid der Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung am Mittwoch die umstrittenen Polen-Vereinbarungen gebilligt hat.

Sie sollten inzwischen auch einmal zur Kenntnis nehmen, daß Ihr Appell an die Emotionen der Vertriebenen ins Leere geht. Informieren Sie sich bei denen, die inzwischen mit sehr viel mehr, auch persönlichem Abstand zu all dem Leid, das sie erfahren haben, ihren polnischen Nachbarn anders sehen; als sie ihn 1945 gesehen haben.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Dr. Wagner:

Das Wort hat Herr Abg. Milde.

Milde (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte heute morgen hat gezeigt, daß in den Reihen der Koalitionsfraktionen die Vereinbarungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz entweder nicht gelesen worden sind — jedenfalls nicht ganz gelesen worden sind — oder man sich leider dem Trend der Feststellungen dieser deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz anschließen möchte, geschichtliche Tatbestände nicht mehr richtig zu sehen. Daraus ergibt sich dann die Gefahr, daß man auch nichts dagegen unternimmt, wenn entweder in Schulbüchern oder in anderem Unterrichtsmaterial solche geschichtsklitternden Darstellungen verwandt werden; denn immerhin ist — unabhängig von der Frage der rechtlichen Qualität der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz-Vereinbarungen — die Landesregierung dafür zuständig, das daraus entstehende Unterrichtsmaterial in den Schulen dieses Landes zuzulassen.

Meine Damen und Herren, es haben sich heute hier für die Koalitionsfraktionen und die Regierung Abgeordnete und ein Minister zu Wort gemeldet, die offensichtlich auch nicht die leiseste Ahnung von den Realitäten des deutsch-polnischen Zusammenlebens, des Zusammenlebens der Menschen in diesen Gebieten in den letzten Jahrhunderten bis in die jüngste Gegenwart hinein haben.

(Zurufe von SPD und F.D.P.)

Wer in den deutschen Ostgebieten aufgewachsen ist, wer die Erfahrung der letzten Generationen von diesen konkret aus dem Erlebnis heraus übermittelt bekommen hat, der weiß, daß zwischen deutschen und polnischen Menschen auf der Ebene der Beziehungen in Gemeinden und Kreisen der Grenzgebiete jenseits der deutschen Grenze — umgekehrt jenseits der polnischen Grenze — es eine Vielzahl von persönlichen, menschlichen Bindungen gab, die lediglich jeweils durch politische Einwirkungen verschlechtert worden sind, und zwar immer dann, wenn irgendeine Seite den Totalitätsanspruch geltend gemacht hat.

Verschlechterungen konnten deswegen auch schon früher entstehen, weil unter anderen Vorzeichen es natürlich auch in Polen im vorigen Jahrhundert Nationalismus gegeben hat, der sich in Chauvinismus ausdeutete und der dazu führte, daß es nach 1918 zu der von dem Kollegen Stanitzek erwähnten Volksabstimmung kommen mußte, bei der — auch das ist eine historische Tatsache — entgegen den vorherigen Zusagen und entgegen dem Abstimmungsergebnis oben nicht alle zur Abstimmung gestellten Gebiete dementsprechend wieder nach dem Wunsche der Bevölkerung angegliedert wurden.

Milde

Es gibt aus der Zeit nach dem Krieg eine Vielzahl von Erlebnissen, wo polnische Bürger, die ihrerseits in die deutschen Ostgebiete zwangsumgesiedelt worden sind, aus dem Empfinden heraus, wie negativ dies ist, alles getan haben, um dem einzelnen deutschen Menschen, der vor der Vertreibung stand oder zu Hause geknechtet wurde, zu helfen. Dies alles wissen wir, und das wissen insbesondere wir Vertriebenen, die wir diese leidvollen Erfahrungen am eigenen Leib und in der eigenen Familie mitgemacht haben.

Nur, das alles war doch möglich, weil Diktaturfunktionäre — diesmal unter kommunistischem Vorzeichen — dies so wollten. Wir müssen, um der geschichtlichen Wahrheit willen und um zu verhindern, daß dies nochmals möglich wird, dafür sorgen, daß dieser Bereich deutscher, polnischer Geschichte, dieser Bereich der Weltgeschichte ordnungsgemäß in unseren Büchern dargestellt wird.

Der Kollege Best hat eigentlich den Vorschlag gemacht, dafür zu sorgen, daß die Empfehlungen in dieser Form nicht verwandt werden dürfen; denn er hat gesagt — was der Kollege Stanizek vorher schon ausgeführt hatte —, daß 1945 natürlich kein Sieg für die Polen gewesen ist.

Die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz-Empfehlungen tun aber so und sprechen davon, daß eine Befreiung der Polen stattgefunden habe. Es hat nur eine Fortsetzung der Knechtschaft stattgefunden, und dies möchten wir unseren Schulkindern auch weiter sagen!

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Wagner:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der Ältestenrat empfiehlt, diesen Antrag dem Kulturpolitischen Ausschuß zu überweisen. Ich höre keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.